



HESSISCHER LANDTAG

29.11.2012

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2013/2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014) in der
Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des
Haushaltsausschusses
Drucksache 18/6515 zu Drucksache 18/5926

Inhalt des Antrags: **Auflösung des Verfassungsschutzes, Schaffung
einer Informations- und Dokumentationsstelle für
Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 03 Landesamt für Verfassungsschutz
Buchungskreis: 2210

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Verfassungsschutz

	Veränderung		
	von	um	auf
Leistungsplan 2013:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	17.797,3	-2.894,2	14.903,1
Produktabgeltung	17.757,0	-2.894,2	14.862,8

	Veränderung		
	von	um	auf
Leistungsplan 2014:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	17.596,3	-17.596,3	0,0
Produktabgeltung	17.569,7	-17.569,7	0,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Dem Hessischen Verfassungsschutz wurden fortwährend mehr Mittel zugewiesen, während in allen anderen Bereichen, wie Polizei, Kommunen und Behörden, immer weiter gekürzt wird. Dabei hat der Verfassungsschutz bei der Erkennung und Bekämpfung rechter Strukturen und Gefahren augenscheinlich völlig versagt. Wir wollen zunächst eine Rückführung der Mittel auf das Niveau der Personalausgaben von 2006. Die freiwerdenden Mittel für den Verfassungsschutz sollen für die Errichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie verwandt werden. Diese soll den Verfassungsschutz ersetzen. Entsprechend dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE für ein Hessisches Gesetz zur Neuordnung der Aufgaben zum Schutz der Verfassung und zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz (Drucksache 18/6176) wird das Landesamt für Verfassungsschutz spätestens bis zum 31.12.2013 endgültig aufgelöst.

Wiesbaden, 29.11.2012

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende
Willi van Ooyen